

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 324. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe  
Sonntag, 14. Juli 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Wierhausstr. 168; Redaktion Leipzig 1272. Eing. Nr. 20000.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefonamt VI Nr. 11 494.

Druck und Verlag von Otto Ziefels in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 14. Juli.

**Die Kolonialaffäre.** Wie die „Magd. Bg.“ hört, werden nur Dr. Colnelli und Dr. Geim in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes bleiben. Geheimrat Kose wird wahrscheinlich ein Generalkonsul erhalten und Dr. Seig zum Gouverneur von Kamerun ernannt werden.

### Die neue deutsche Handelsstatistik.

In sachverständigen Kreisen wird es als ein großer Hebelstand empfunden, daß die seit März d. J. seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, erscheinenden amtlichen Nachweise über die deutsche Einfuhr und Ausfuhr von Eisen nicht nur ganz unklar, sondern auch lächerlich und mit der früheren Statistik fast unvergleichbar sind. U. a. wird die Mengenliste der Positionen benämigt, die die verschiedenen Artikel in ganz unverständlicher Weise durcheinander werfen. Während früher fadenlangweilige Notizen und Bruchstücke benutzbar waren, ist dies letztere jetzt am Ende unter den Kästchen und Anhängen zu finden, dagegen können am Anfang zwischen den großen Sachen kunstlos und verständliche Nachweise sein. Auch müßte, wie sich aus einem Vergleich der Ausfuhrziffern mit denen der Importe ergebe, eine ganze Anzahl von Artikeln fehlen oder nicht vollständig aufgeführt sein. In der Handelsstatistik werden diese Mängel im einzelnen aufgeführt, und es wird Aufforderung an der Behörde verlangt, daß die Statistik, wie sie jetzt vorliegt, sofort unbrauchbar sei.

Auch sind verschiedene Mängel in der neuen Handelsstatistik aufzuzählen, die übrigens nicht nur bei dem Artikel Eisen, sondern auch bei anderen Waren hervorzuheben. Im allgemeinen ist die neue Statistik viel spezialistischer als die bisherige. Während aber viele Waren mehr als nötig spezialisiert sind, hat man bei anderen Artikeln Trennungen und Zerlegungen, die durchaus notwendig wären, unterlassen. Fast ganz unmöglich ist, namentlich bei Industrieerzeugnissen, ein Vergleich mit den früheren Ein- und Ausfuhrziffern. In den neuen amtlichen Nachweisen fehlen daher auch die Vergleiche gänzlich, und damit hat die Statistik einen großen Teil ihres Wertes eingebüßt. In der Hauptache dürften die Mängel daraus beruhen, daß man bei der Aufstellung der statistischen Warenliste sich genau an das Schema des neuen Zolltarifs hielt und die Warenklassifizierung des Zolltarifs einfach in die Handelsstatistik übernahm. Man hat dabei nicht bedacht, daß Zolltarif und Handelsstatistik ganz verschiedene Zwecken dienen. Gätte man die Warenliste für die Handelsstatistik unabhängig vom Zolltarif aufgestellt, so wäre es wohl möglich gewesen, die Statistik brauchbarer für volkswirtschaftliche Zwecke zu gestalten und die bisher üblichen Vergleiche mit den Ergebnissen der Vorjahre zu geben. So wie jetzt die amtlichen Nachweise eingerichtet sind, haben sie in der Tat viel von ihrer früheren Bedeutung und Brauchbarkeit verloren.

**Königliche Handwritten.** Sr. Maj. der König hat an den Staats- und Finanzminister Frhrn. v. Rheinbaben folgendes Handwritten gerichtet:

„In dieser Staatsminister!  
Die Herabsetzung der Gesehe über die Reform der Steuern in Reich, sowie über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsgesetzes in Preußen gibt mir willkommenen Anlaß, Ihnen meinen wärmsten Dank auszusprechen. Sie haben sich um das Gelingen dieser Gesetze, welche für die Sicherung einer geordneten, gesunden Weiterentwicklung des Reichs und des Staates von größter Bedeutung sind, hervorragende Verdienste erworben. In Anerkennung derselben und um Ihnen einen neuen Beweis meines Vertrauens und meines Wohlwollens zu geben, habe ich Ihnen das Kreuz und den Stern der Komture des Königlich Preussischen Ordens vom 1. September 1905 verlorbenen Königlich Preussischen Kammerherrn, Majors a. D. und Generaldirektors der Magdeburger Landfeuerzögellerei Grafen Ernst von der Schulenburg-Emden.

**Neue Reisezeitung Kaiser Wilhelm** hat Freitag vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr an Bord des Dampfers „Hamburg“ bei aufblühendem Wetter die Fahrt nach dem Nordkap fortgesetzt.

**Freizeiten.** Unter dieser Epigramm schreiben die „D. N. N.“: „Am 4. Juli veröffentlichte die „Neue Rheinische Presse“ in Wien ein Londoner Telegramm des Inhalts: Man habe es in dortigen diplomatischen Kreisen für wahrscheinlich, daß König Eduard bei dem neugeborenen preussischen Prinzen Balthasar eine Heirat übernehme und zur Taufe nach Potsdam kommen werde. Die deutsche Presse hat sich damit begnügt, diese Meldung lediglich referierend wiederzugeben. Trotzdem hat es der Londoner Korrespondent des „Times“ fertig gebracht, das Londoner Telegramm des Wiener

Blattes dem Privatsekretär des Königs Eduard, Lord Knollys, als eine Ankündigung der deutschen Presse vorzulegen. Ob er auch den Eindruck zu erwecken gesucht hat, daß eine dem „Times“ in derselben Angelegenheit aus Berlin übermittelte Nachricht deutschen Quellen entnommen ist, nicht ersichtlich, aber inwiefern wahrscheinlich. Gegenüber dieser neuen Erfindung des „Times“ muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die von Lord Knollys erteilte Antwort — „der König weiß nichts von dem Gerücht, auf das Sie sich beziehen“ — nicht die deutsche Presse trifft, sondern das erwähnte Wiener Blatt und den „Times“ selbst.“

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ will nun erfahren haben, daß König Eduard beabsichtigt, erst bei seiner Reise nach Marienbad im August d. J. mit Kaiser Wilhelm zusammenzutreffen, der um diese Zeit in Wilhelmshöhe bei Kassel wohnen wird. Der König habe den Vorschlag gemacht, den Besuch auf Schloß Friedrichsruh bei Homburg stattfinden zu lassen. Daraus ergibt sich von selbst, so meint genanntes Blatt, daß er zur Taufe des Sohnes des Kronprinzen nicht nach Berlin kommen wird.

**Prinz Walter von Preußen** vollendet heute sein 22. Lebensjahr. Nach der Mitteilung einer Berliner Korrespondenz schiffte sich Prinz Walter für das am 1. Oktober beginnende neue Lebensjahr auf dem Zehnstündiger „Berolina“ ein, zu dessen Kommandanten der militärische Begleiter des Prinzen, Kapitän zur See Freiherr von Schimmelfennig, ernannt wurde, der auch der Kommandant des Kreuzers „Gertie“ während der Reise des Prinzen in Ostasien war.

**Der Reichsanwalt Herr Sälow** liegt in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Verbandes der Kreisfreiwilligen von 1870/71, der dieser Tage in Mannheim seine Wanderversammlung abhielt, auf dem Vegrüßungsstelegramm dem Vorsitzenden des Verbandes die folgende Drahtantwort aus Wöhrden zugesandt:

„Mit herzlichem Danke für die freundliche Begrüßung sende ich den Kameraden aus großer Zeit freundlichen Gegrüßung nach dem schönen Süden unseres Vaterlandes. Ich wünsche aufrichtig, daß der Verband in der Folge glücklicher Erinnerungen und in Treue zu Kaiser und Reich wachsen, blühen und gedeihen möge.“

Am Freitag verließ nach längerem Verbleiben im S2. Kreisrichter Ludwig Graf v. Bülow und Vinpung auf Schloß Burg-Sarnsdorf bei Nürnberg.

**In den Wahlkreisen.** Die Nachricht eines parlamentarischen Korrespondenten, daß beide Wahlkreise am 1. Oktober in Kraft treten, und daß mit Höchst auf die in einem derselben vorgegebene Teilung großer Wahlkreise unter Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten um zehn im nächsten Winter Neuwahlen stattfinden würden, beruht nach Meldung der „Hof.“ auf einem Irrtum; denn nur das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, tritt am 1. Oktober in Kraft, das andere Wahlgesetz aber erst bei den nächsten allgemeinen Wahlen. Es wird mithin voraussichtlich erst im Herbst 1908 zuerst zur Anwendung gelangen.

**Man der Marine.** Bei der 4. Matrosenartillerieabteilung in Wilhelmshafen soll eine 4. Kompanie gebildet werden. — Ein neues Minenschild mit 200 Mann Besatzung wird in Cuxhaven stationiert werden.

Die Erklärung, mit einem bestimmten Arbeiter nicht zusammenarbeiten, ist nach einer Entscheidung des Kammergerichts vom 3. Mai d. J. als strafbare Verurteilung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung anzusehen, wenn sie zu dem Zwecke erfolgt, einen anderen zu bestimmen, einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

In dem von dem Erkenntnisbesandeten Falle hatten Mitglieder einer auf sozialdemokratischem Boden stehenden Organisation einen christlich organisierten Mitarbeiter ihrer Organisation zuzuführen versucht, und, als der Versuch mißlang, dadurch seine Aufklärung aus dem Arbeitsverhältnis herbeigeführt, daß sie dem Arbeitgeber gegenüber erklärten, mit jenem nicht zusammenarbeiten zu wollen.

Mit dieser Entscheidung hat sich das Kammergericht auf den schon früher vom Reichsgericht eingekommenen Standpunkt gestellt, wonach der Ausdruck „Verabredungen“ im § 153 der Gewerbeordnung auch die im § 152 neben den Verabredungen genannten Vereinigungen umfaßt.

**Ein sozialdemokratisches Verzeichnis.** Die Dresdener „Vollmacht“ veröffentlichte eine von dem Parteisekretär von Dreslau und Umgebung über die dortige sozialdemokratische Parteioffiziation aufgenommene Verzeichnis. Wie entnehmen daraus, daß dieser Organisation nur in sehr geringer Zahl Arbeiter angehören. Auch einige Arbeiterkategorien, so die Gemeindefreier (16), die Bäcker und Konditoren (18), die Gewerkschaften (16), die Fleischer (6) sind schwach vertreten. Von selbständigen Gewerbetreibenden sind 124 verzeichnet, darunter sind die Metzgermeister (35) natürlich die zahlreichsten, dann folgen andere von sozialdemokratischer Richtung: Schneidermeister 25, Barbiermeister 15 und Schuhmachermeister 17. Händler gibt es 23 und Kaufleute 17, wahrscheinlich sind das die sogenannten Parteimitglieder. Dagegen gehören der Dresdener sozialdemokratischen Organisation nur 1 Arzt, 1 Rechtsanwalt, 1 Rentier, 1 Hausbesitzer an.

**Zur Engländerfahrt der Journalisten.** Die „C. S.“ schreibt: „Das Komitee der journalistischen Engländerfahrer hat, wie wir feststellten, aus drei maßgebendsten Persönlichkeiten (darunter einem sozialliberalen), aus zwei national-liberalen (darunter einem Verleger) und aus zwei parteilosen Pressevertretern bestanden. Das wir diese interessante

Zusammenlegung beabsichtigt haben, war natürlich hier und da nicht angenehm. Die „Tägliche Rundschau“ meint, wir hätten uns dadurch, daß wir „Reife“ gegen das nicht bedeutenswerte, arbeitsüberbürdete Komitee gerichtet, „wieder einmal in Gegensatz zu dem leitenden konfessionellen Organ gestellt. Wenn damit die „Streuzettel“ gemeint sein soll, so befindet sich die „Rundschau“, „wieder einmal“ auf dem Solwege. Weiter aber glaubt das genannte Blatt sich mit der Feststellung begnügen zu können, „daß jenes Komitee, das weder nach Parteien noch nach Landstrichen gewählt werden konnte, in Bremen ein in unheimlich gewälft und nach dem Besuche ebenso ein in unheimlich befristet worden ist, also doch wohl seine Aufgabe erfüllt haben muß.“ Wir wissen sehr wohl, daß die betreffenden Bremer Verhandlungen streng vertraulichen Charakter hatten; wenn aber die „Tägliche Rundschau“ meint, in unheimlich Angaben daraus machen zu können, so müssen wir diese richtig stellen. Die Wahl des Komitees ist nämlich nicht ein in unheimlich erfolgt; vielmehr stimmte eine nicht unansehnliche Minorität über 25 Prozent — dagegen. Was die angelegentlich ersehnte erfolgte Bekämpfung des Komitees nach dem Besuche betrifft, so liegt die Sache ebenfalls anders. Von den 48 Zeilnehmern an der Engländerfahrt sind nämlich 20 schon vorher über Wilsingen abgereist und von den übrigen haben an der letzten Versammlung, in der die einstimmige Bekämpfung erfolgt sein soll, nur 15 bis 20 teilgenommen. Daß in beiden Fällen das hiesige Komitee nicht für sich selbst für sich mitgeteilt hat, ist nur nebenbei erwähnt. Wenn schließlich die „Tägliche Rundschau“ noch bemerkt, die rechtsstehende Presse habe im Komitee einen Vertreter gehabt, wenn dieser auch „nicht als solcher“ — (ah!) — gewählt worden sei, so können wir diesen heimlichen Vertreter wirklich nicht erraten. Sollte es Herr Dernburg von „Berliner Tageblatt“ gewesen sein?“

### Ausland.

Österreich-Ungarn.

**Das Abgeordnetenhaus** hat in seiner Sitzung am 13. cr. die Gewerbe reformvorlage in allen Forderungen mit der ersten Lesung der Vorlage betreffend die Beschäftigung der Arbeiter in den Fabriken, das Abgeordnetenhaus nahm ferner nach kurzer Debatte einen Antrag des Abgeordneten an, in dem die Regierung aufgefordert wird, unersüßlich die mit dem zurückgegangenen Besetze über die Errichtung in unheimlich Zusammenhange stehenden Verordnungen aufzuheben.

Italien.

Die auswärts verbreitete Meldung, daß das Kabinett feindlich demissioniert habe, ist nach einer Pesterburger Meldung ungenügend. Inzwischen erhalten sich die Berichte über einen bevorstehenden Ministerwechsel in noch unentschiedenen Kreisen. Festhalten dürfte, daß die Abgabe des bestehenden Ministeriums ganz natürlich sei, jedoch die Schwierigkeiten der Neubildung noch nicht überzunden sind. Man spricht wieder mit Bestimmtheit von einer Koalitionsministerium. Andererseits erklären die Rabatten, nur ein Ministerium aus ihrer Partei kommen zu können.

Ungarn.

Ueberall in den Welt- und Säugobernments, wo ausgeprägten Gerichten zufolge am Donnerstag als am Peter-Paulstage Judenhagen stattfinden sollten, verließ nach den vorliegenden Nachrichten der Tag ruhig.

Im Reichsministerium sind neuerdings alarmierende Nachrichten über die politische Lage in den Balkanländern eingetroffen. In Moskau, Dresden und auf dem Balkan sind sollen die Militäraktionen besonders gefährlichen Charakter angenommen haben.

Der Generalgouverneur der baltischen Provinzen, General Solow, hat an das Ministerium des Innern den beruhigende Telegramm an dem, die darauf hinweisen, daß die Ruhe in den Provinzen von vorübergehend sei. Die revolutionäre Bewegung werde durch die Erste- und andere Maßnahmen abgelehnt. In Petersburg wurden sich neue Unruhen eintreten. Revolutionäre Agitatoren durchziehen die Dörfer, ohne daß es gelinge, sie zu lassen.

Die Mitteilung, daß das erste Ministerium auf dem Balkan in der Person von der Tochter des Kaufmanns Schabas aus Wien ausgetrieben worden sei, wird von diesem selbst als unfundiert bezeichnet. Die Identität der jungen Revolutionärin, die nach ihrer Tat von Wladimir erschossen wurde, war angeblich mit Sicherheit nicht mehr festzustellen.

Reichsbund.

Das Haus beabsichtigt sich am 13. cr. mit der Vorberingung zur Teilnahme an der interparlamentarischen Konferenz in London. Wladimir und Blotoff erklären, daß die Duma das einzige Parlament der Welt sei, in dem alle Deputierten in dem Reich einig seien, für die Beilegung des Krieges zu wirken. Die Duma beabsichtigt dann, das Telegramm aus London zu beantworten und 6 Deputierte auszusenden, die am Montag nach London abreisen sollen. — Um weiteren Verlauf der Sitzung beabsichtigt sich das Haus mit einer Reihe von Interpellationen über die russische Lage zu beschäftigen, die Antwort des Reiches der Zustimmung der Duma an. Dieser letztere eine Zustimmung mit der Erklärung ein, daß er sich, da er ein Ministerium gebore, welches das Vertrauen der Duma nicht besitze, auf objektive Darlegungen beschränken werde, und legt darauf in längerer Rede aus, daß das Ministerium durchaus bereit sei, den Wünschen der Duma nachzukommen und Recht und Gerechtigkeit zu wahren. Blotoff geriet das Ministerium selbst an und bemerkt, das russische Volk habe jedes Vertrauen zur russischen Justiz, die ihre Urteile schon gefällt habe, bevor der Prozeß stattfinden, verloren. — Im Laufe der Debatte um die Darlegungen des Reiches des Reichsministers bemerkt Wladimir im Namen der Arbeitergruppe, die Dummheitsminister während niemals eine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit zulassen; für diese werde das ganze Volk eintreten.











